



DAS LEIDEN DER KURDISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT IN VAN

Vom 1. bis 6. Oktober 2018 weilte die Türkei-Expertin der Schweizer Sektion von Amnesty International, Maya Heuschmann, als Mitglied einer NGO-Besuchsdelegation in Van im kurdisch geprägten Osten der Türkei. Sie sprach dabei insbesondere mit AktivistInnen des Zentrums für Folterbetroffene der türkischen Stiftung für Menschenrechte (TIHV).

Van: wie eine besetzte Stadt

Im Zentrum von Van herrscht nach wie vor geschäftiges Treiben. Doch der Schein der Normalität trägt. Im Stadtbild fallen die vielen gepanzerten Fahrzeuge der Polizei und Schützenpanzer der Armee auf. Die kurdischen Gebiete erscheinen wie militärisch besetztes Gebiet. Die Menschen, die wir getroffen haben, waren sehr herzlich und offen. Sie betonten, wie wichtig ihnen unser Besuch ist. Im Unterschied zu der Zeit, als der Friedensprozess noch Hoffnungen weckte, kommen im Moment kaum mehr Delegationen in die kurdischen Konfliktgebiete. Die Menschen fühlen sich von Europa und der Welt im Stich gelassen. Ältere GesprächspartnerInnen sagten übereinstimmend, Menschenrechtsverletzungen vom gegenwärtigen Ausmass hätten sie noch nie erlebt, es sei schlimmer als zur Zeit der Militärdiktatur. Grosse Teile der Bevölkerung sind traumatisiert, verunsichert, verängstigt. Ihre Häuser wurden zerstört, Familienangehörige getötet oder verhaftet. Viele wurden entlassen. Die derzeitige Wirtschaftskrise trägt zusätzlich dazu bei, dass die Not wächst. Organisationen, die Hilfe leisten, wurden verboten und arbeiten jetzt unter erschwerten Bedingungen in der Illegalität. Sie stossen an ihre Grenzen, und in den Voten der AktivistInnen schwingt trotz grossem Engagement Verzweiflung mit.

Besuch im TIHV-Zentrum für Folterbetroffene in Van

Die nachfolgenden Eindrücke stützen sich auf Gespräche mit dem Generalsekretär der TIHV, Metin Bakkalci, und im Zentrum arbeitenden Ärztinnen, Pflegerinnen und freiwilligen MitarbeiterInnen, zu deren Schutz keine Namen genannt werden.

Die Ärztin A. arbeitete bis 2016 im öffentlichen Dienst, dann wurde sie ohne Begründung entlassen. Nach der Pressekonferenz der Ärztekammer zum Angriff auf Afrin («Krieg schadet der Volksgesundheit») sass sie eine Woche im Gefängnis und wurde mit einem Ausreiseverbot belegt. Nun hat sie im Zentrum für Folterbetroffene eine neue Stelle gefunden. Sie ist dort zuständig für die medizinische Erstuntersuchung. Auch die Pflegefachfrau B. arbeitete bis zu ihrer Entlassung im öffentlichen Dienst, sie war gewerkschaftlich aktiv. Das Zentrum stützt sich auf das Engagement zahlreicher freiwilliger MitarbeiterInnen, die zum Teil finanziell entschädigt werden, allerdings mit eher symbolischen Beiträgen.

Das Zentrum in Van wurde am 13. Januar 2018 eröffnet. Es befindet sich noch in der Aufbauphase. Zurzeit werden 23 Menschen betreut. 12 weiblichen, 11 männlichen Geschlechts, darunter 5 Kinder im Alter von 4 – 14 Jahren. Behandelt werden alle Menschen, die im Zentrum Hilfe suchen, unabhängig von ihrer politischen oder religiösen Einstellung. Hauptgründe für die Traumatisierungen sind lange Haftstrafen, Folter und Gewalt während der Untersuchungshaft oder Gewalterfahrungen bei Demonstrationen und Kundgebungen.

Eine Schwierigkeit besteht darin, dass viele Folterbetroffene entweder nicht wissen, dass es das Zentrum gibt, oder aus Scham Mühe haben, professionelle Hilfe zu suchen. Eine wichtige Arbeit in der jetzigen Aufbauphase besteht darin, das Angebot auch in weiter entfernten Ort-

schaften bekannt zu machen. Ebenso gilt es ein Netzwerk von Freiwilligen aufzubauen. Die Entlassungswelle hat im Gesundheitswesen grosse Lücken hinterlassen. Ausserdem recherchiert und dokumentiert das Zentrum Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte mittels Gesprächen vor Ort mit Augenzeugen und Betroffenen.

Auf die Frage, wie er sich erkläre, dass die Menschenrechtsstiftung bisher nicht - wie so viele andere NGOs - verboten worden sei, antwortete Metin Bakkalci, er wisse das nicht genau, könne sich aber vorstellen, dass die gute internationale Vernetzung der Organisation einen gewissen Schutz darstelle. So habe die TIHV beispielsweise bei der weltweit beachteten Istanbul Deklaration eine wichtige Rolle gespielt. Doch eine Garantie sei das nicht. Auch sie müssen mit der Möglichkeit rechnen, eines Tages verboten zu werden.

Zum Schluss spannt Metin einen weiten Bogen. Weltweit sei heute eine humanitäre Krise zu beobachten, Auch wenn die Arbeit der Menschenrechtsstiftung TIHV nur einen Tropfen auf einen heissen Stein sei, sei diese Arbeit wichtig. Mit Folter versuchen die Herrschenden, Menschen zu brechen. Unsere Aufgabe sei es, den Machthabern zu zeigen: Wir geben diese Menschen nicht auf. In diesem Sinne sei humanitäre Arbeit immer auch politisch.

Maya Heuschmann